



Debatte über NÖ Landesbudget 2013

Fortsetzung der Spezialdebatte

Heute um 9 Uhr wurden die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2013 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft fortgesetzt.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) ging speziell auf die wissenschaftlichen Einrichtungen in Krems ein und meinte, man habe im Land Lehrende, welche die heimischen Universitäten und Hochschulen mit Ideen und Forschungen weiterbrächten. Das Land Niederösterreich biete Forschung und Wissenschaft viele Möglichkeiten und müsse in diesem Zusammenhang heute keinen Vergleich scheuen. Das Geld, das in Forschung und Entwicklung investiert werde, komme auch wieder zurück.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) widmete sich in seinen Ausführungen speziell dem IST Austria am Standort Klosterneuburg und meinte, es könne für dieses Institut keinen höher qualifizierten Platz geben. Das IST-A stelle ein Highlight der niederösterreichischen Forschungsachse dar und ermögliche es Österreich, an internationalen Entwicklungen teilzunehmen. Niederösterreich habe hier vor Ort eine sehr gute Infrastruktur geschaffen, das zweite Laborgebäude stünde vor seiner Fertigstellung. Bis 2026 sollen hier 90 bis 100 Forschergruppen tätig sein und das Institut im internationalen Spitzenfeld der Wissenschaft etablieren. Das IST-A stelle auch eine Chance für Klosterneuburg und die umliegenden Gemeinden dar. Forschung und Wissenschaft seien Garanten für Niederösterreichs gute Stellung im internationalen Vergleich und eine ausgezeichnete Chance für die Jugend.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sagte, dass Wissenschaft und Forschung in den vergangenen 20 Jahren eine unglaubliche Entwicklung im Bundesland Niederösterreich genommen hätten und ging näher auf die einzelnen Lehr- und Forschungseinrich-

tungen ein. In diesem Budgetbereich wäre Sparen nicht angebracht, hier werde Zukunftsarbeit geleistet. Man habe hier bereits 6.000 Arbeitsplätze geschaffen, eine Erhöhung auf 10.000 Arbeitsplätze sei zu erwarten. Wissenschaft und Forschung wirkten auch in die lokale Wirtschaft hinein und wären ein großer Motor für die Landesentwicklung. Eine elementare Rolle in der Profilierung des Landes spiele der Standort Wiener Neustadt. Mit über 6.000 Absolventen und über 2.000 derzeit Studierenden schreibe die FH Wiener Neustadt eine Erfolgsgeschichte. Ein Leitprojekt sei auch MedAustron, das als eines der modernsten Zentren für Ionentherapie in Europa über Österreich hinaus Wirkung haben werde. Für Tulln, Krems, St. Pölten und Wiener Neustadt sei eine positive Zukunftsentwicklung zu erwarten.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) ging auf den Technopol Tulln ein und bezeichnete diesen als einen der wichtigsten Eckpfeiler der Forschung in Niederösterreich. Insgesamt positioniere sich Niederösterreich seit 2000 als innovativer Standort in diesem Bereich, heute habe das Land die Anerkennung, die es verdiene. Dies sei ein Verdienst von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. An den heimischen Technopolen würden über 1.000 Forscherinnen und Forscher arbeiten, die Technopole würden in ganz Europa als Praxisbeispiele angeführt, und Niederösterreich agiere hier als Vorbild. Am Technopol Tulln fände man 340 Arbeitsplätze, hier sei das IFA Tulln, das Christian Doppler-Institut oder auch das Universitäts- und Forschungszentrum Tulln angesiedelt. Auch innovative Unternehmen würden hiervon angezogen. Forschung und Wissenschaft sei für die Weiterentwicklung Niederösterreichs wichtig, mit dem Budget sei gewährleistet, dass das Land auf der Überholspur bleibe.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) widmete sich als erster Redner dem Bereich Sport und sagte, Niederösterreich sei tatsächlich ein Sportland geworden. Im Land habe man sportliche Top-Events positionieren können, Beispiele seien Veranstaltungen am Semmering, am Jauerling oder auch in St. Pölten. Dabei würden auch „die Kleinen“ nicht im Stich gelassen, die Vereine wüssten, dass sie gute Partner hätten. In diesem Bereich sei das Geld gut angelegt, auch die Wirtschaft würde vom Sport profitieren. Er erwähnte, dass es zwar Kürzungen beim Behinderten- und Versehrten-sport gebe, man jedoch versichert habe, dass bei Bedarf mehr Geld auch für diesen Bereich zur Verfügung stehen würde. Worte des Dankes fand Waldhäusl vor allem für die freiwilligen Funktionäre.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) betonte, Sport sei überparteilich und unpolitisch. Der Sport gehöre den Sportlern und nicht der Politik. Landesweit engagierten sich 22 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich im Sport, 3.500 Vereine hielten die Sportstätten in Schuss. Mit Investitionen in die Sportstätten würden beste Voraussetzungen für einen zukunftsweisenden Weg im Sportland NÖ geschaffen.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sprach von einem guten Fundament beim Sportbudget über alle Parteigrenzen hinweg. Das gelte sowohl für den Breiten- und Spitzensport als auch die Gesundheitsprävention und wirtschaftliche Impulse.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) sagte, Sport habe einen besonderen Stellenwert im Leben der Menschen. Ohne Spitzensport gebe es keinen Breitensport und umgekehrt. Das Sportland NÖ versuche, bestmöglich und auf breiter Basis zu unterstützen. Im Sport boome blau-gelb.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) betonte, Niederösterreich habe Unglaubliches in Bildung und Wissenschaft erreicht. Das sei den klaren Verhältnissen im Land und dem Engagement von Landeshauptmann Pröll zu danken. Der Sport sei nicht un-, sondern hochpolitisch. Er habe Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft.

Die Gruppe 2 wurde mit der Mehrheit von VP und SP angenommen. Von den Resolutionsanträgen fanden nur die beiden der Abgeordneten Adensamer eine Mehrheit: Unterstützungspersonal von Schulen mit den Stimmen von VP, SP und Grünen bzw. HTL Waldviertel einstimmig.

Gruppe 3

Kunst, Kultur und Kultus

In der Gruppe 3 sind Ausgaben von 114,94 Millionen Euro und Einnahmen von 2,56 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) eröffnete die Debatte: Arbeit für viele, Werte für alle, laute das Selbstverständnis der Kultur in Niederösterreich. Es gebe ein harmonisches Gleichgewicht zwischen Hochkultur und florierender regionaler Kultur. Kulturförderung sei kein Selbstzweck, sondern ziehe auch bedeutende wirtschaftliche Impulse nach sich. Bei insgesamt 1,5 Millionen Besuchern lösten die 115 Millionen Euro des Kulturbudgets in Summe rund eine Milliarde Euro an direkten und indirekten Ausgaben aus und sicherten bzw. schafften 12.000 Arbeitsplätze.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) konstatierte einen Wertewandel in der Kultur innerhalb der VP von christlichsozial-konservativen zu extrem linkslastigen und revolutionären Positionen. Er sprach von Werten und Wertvorstellungen, die für Politik und Gesellschaft immer notwendiger werden. Die Freiheit der Kunst sei begrenzt, es könne nicht alles zulässig sein. Gewisse Regeln des Anstandes dürften nicht verletzt werden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich zur Geschäftsordnung. Er kritisierte, dass ein Abgeordneter durch permanentes Dazwischenreden seine Wortmeldung nicht zu Ende ausführen könne.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meinte, die Kunstmeile Krems habe sich seit der Eröffnung in den neunziger Jahren weiterentwickelt und erinnerte dabei insbesondere an das Karikaturmuseum. Im letzten Jahr hätten 140.000 Menschen die Kunstmeile in Krems besucht. Moderne zeitgenössische Kunstwerke von Manfred Wakolbinger würden aktuell auch in der Landesgalerie in der Dominikanerkirche gezeigt. Krems habe aber auch für den Tourismus sehr viel zu bieten, über 700.00 Menschen würden jährlich die Wachau besuchen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, Kunst müsse sich selber finanzieren, „gekaufte“ Künstler, so genannte Staatskünstler, brauche das Land Niederösterreich nicht. In Zeiten der Krise müsse der Bevölkerung geholfen werden. Er brachte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** zum Thema „Landesabgabe gemäß NÖ Rundungsgesetz kürzen“ ein.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) betonte, Niederösterreich verfüge über ein großartiges kulturelles Erbe, und das Land unterstütze schon seit Jahren die Sanierung von historischen Objekten, Kirchen und Marterln. Allein durch die Denkmalpflege würden 500 Arbeitsplätze gesichert werden. Das renovierte Schloss Asparn an der Zaya spiele bei der Landesausstellung 2013 zum Thema „Brot & Wein“ eine große Rolle. Gerade beim Erhalt des kulturellen Erbes sei die Dorf- und Stadterneuerung unverzichtbar, dabei würden die 300 Projekte pro Jahr von den Bürgern verwirklicht. Über 700 Vereine seien bereits Mitglieder des Dorf- und Stadterneuerungsverbandes. Ein ähnlich breites Betätigungsfeld biete der Dorf- und Stadterneuerung auch die Verbesserung der sozialen Kompetenz im ländlichen Raum.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte, es müsse immer im Ermessen des Bürgers liegen, welche Kunst er bevorzuge. Kunst und Kultur seien dem Land Niederösterreich viel wert, meinte sie und erinnerte an den Theatersommer und die Darbietungen in Grafenegg. Besonders gelungen sei in jüngster Vergangenheit die Landesausstellung in Carnuntum gewesen. Niederösterreich habe sich zu einem besonders guten Boden für Künstler sowie Kulturschaffende entwickelt, führte sie unter anderem Felix Mitterer an. In einem **Antrag** forderte sie eine getrennte Abstimmung von Untergruppen der Gruppe 3.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, die Kultur habe einen hohen Stellenwert in Niederösterreich. Sehr erfreulich sei, dass das Kulturbudget auf einem hohen Niveau gleichgehalten werde. Traurig sei, dass es im Landtag eine Partei gebe, die keinen Zugang zur Kultur finde und selber festlegen wolle, was wertvolle Kunst sei und was nicht. Selbstverständlich sei es wichtig, die Gefühle von Menschen nicht zu verletzen. Zu den Melker Sommerspielen meinte er, dem Veranstalter sei es mit der Musikrevue sehr gut gelungen, ein gemischtes Publikum anzusprechen. Weiters widmete er sich dem Thema Musikschulen und lobte deren Konstruktion und Organisation als beispielgebend. Worte der Kritik fand er bei der Aufteilung der Zuständigkeiten auf die Mitglieder der Landesregierung. Das Land Niederösterreich leiste für die Musikschu-

len in finanzieller Hinsicht einen wichtigen Beitrag. Abschließend äußerte er die Bitte, jenen Kulturverantwortlichen in den Gemeinden, die mit der Dimension des kulturellen Geschehens in ihrer Kommune überfordert scheinen, Unterstützung zu gewähren. Zum Kulturbetrieb in Niederösterreich komme von seiner Fraktion ein Ja.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) erinnerte an das Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 und unterstrich vor allem die Rolle der Dorferneuerung, diese sei zu einer starken Säule des öffentlichen Lebens geworden. Zur aktuellen Kulturdiskussion meinte er, dass es unverständlich sei, die Kritik des Landeshauptmann-Stellvertreters gut zu heißen. Ein Regierungsmitglied müsse zur Kenntnis nehmen, dass gewisse Meinungen kundgetan werden. Er stehe zur Freiheit der Kunst, kein Künstler solle verfolgt werden. Ebenso stehe er aber auch zur Freiheit der Rede. Die Landsleute würden religiöse Werte und Gefühle nicht verletzt bzw. mit Steuergeldern unterstützt sehen wollen.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) ging speziell auf die regionalen Kulturaktivitäten im Mostviertel und im Waldviertel ein. Es gebe hier eine Vielzahl von Einrichtungen und eine vielfältige sowie lebendige Kulturszene. Von großer Bedeutung seien volkskulturelle Veranstaltungen, einen Höhepunkt stelle hier „aufhOHRchen“ dar. Auch die Chorszene sei sehr lebendig, in den Bühnenwirthäusern werde Kultur spür- und greifbar gemacht. Die Landesausstellung 2015 würde die Mariazellerbahn und eine dezentrale Region in den Mittelpunkt rücken. Abschließend meinte er, dass Kunst Freiheit brauche.

Abgeordneter Otto **K e r n s t o c k** (SP) ging auf die Dorf- und Stadterneuerung ein und sagte, dass deren Aktionen für die Landesentwicklung inzwischen unverzichtbar seien und Belebung brächten. Man zähle hier rund 1.000 Bildungsevents, über 50.000 Gäste und mehr als 2.000 gesellschaftliche Events pro Jahr. Ein neuer Schwerpunkt sei die soziale Dorferneuerung. Er berichtete über Details zur Stadterneuerung, beispielsweise würden sich gerade 19 Städte in der Betreuungsphase befinden, es gebe eine Kooperation mit ecoplus und NAFES sowie 250 Arbeitskreise, die Frauenquote liege bei 32 Prozent. Die Umsetzung der Dorf- und Stadterneuerung benötige die Finanzierung durch die Gemeinden. Die SP stimme diesen Budgetansätzen zu.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) meldete sich ein weiteres Mal zu Wort und betonte, dass es gestattet sein müsse, zur Kunst verschiedene Zugänge zu haben. Er habe in seiner Wortmeldung keine Wertigkeit ausdrücken wollen, da dies nieman-

dem zustehe. Man müsse erkennen, dass in den vergangenen Jahrzehnten in Teilbereichen ein Verfall der Moral erlebbar gewesen sei. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen zwei **Anträge** ein. Der erste widmete sich der Erstellung eines „NÖ Wertekataloges“, der zweite der Senkung des Budgetansatzes in der Gruppe 3.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) ging zunächst auf die jüngste Wortmeldung seines Vorredners ein und meinte, dass dieser versucht habe zurückzurudern. Dies sei jedoch nicht gelungen. Die Worte gegen die Freiheit der Kunst würden ein Welt- und Menschenbild offenbaren, wie man es von Seiten der FP nicht zum ersten Mal höre. Diese Positionen seien jedoch klar in der Minderheit, die Freiheit der Kunst sei klar in der Mehrheit. Eine eigenartige Position habe die FP auch zum Parlamentarismus eingenommen – ein Zwischenruf sei Bestandteil des Parlamentarismus. Weiters sprach er den freiheitlichen Rechtsstaat an und sagte, dass die Verfassung der Republik der Kunst Freiheit gebe. Zur Aussage von Klubobmann Waldhäusl, dass er das Familienland Niederösterreich dem Kulturland Niederösterreich vorziehe, meinte Mandl, dass ein Familienland nicht auf Dauer Familienland sein könne, wenn es nicht auch ein Kulturland sei. Die FP-Anträge würden die Identität des Landes negativ beeinträchtigen. Die FP-Abgeordneten seien Feinde von Kunst und Kultur, Feinde der Freiheit und hätten ein Problem mit dem Parlamentarismus.

Abgeordneter Mag. Kurt **H a c k l** (VP) betonte, er sei stolz, dass Niederösterreich ein Kulturland sei. 96 Prozent der Niederösterreicher seien mit der Lebensqualität im Land zufrieden, die Kultur leiste für dieses Empfinden einen wertvollen Beitrag. Der Dialog Urbanität – Tradition und das Zusammenspiel Kultur – Natur seien zum Alleinstellungsmerkmal Niederösterreichs geworden. Die FP führe keine Kultur-, sondern eine Zensurdebatte. Die Kultur in Niederösterreich sei durchaus eine Familienkultur und stehe nicht für Monokultur, sondern eine bunte Farbenpracht.

Die Gruppe 3 wurde mit VP-SP-Mehrheit bzw. in den getrennt abgestimmten Punkten mit VP-Mehrheit beschlossen. Der Abänderungsantrag und die Resolutionsanträge der FP blieben in der Minderheit.

Gruppe 4

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

In der Gruppe 4 sind im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 1,36 Milliarden Euro und Einnahmen von 693,93 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) eröffnete die Debatte: Niederösterreich positioniere sich 2012 als Land der Generationen und sei u. a. deshalb so lebenswert, weil die Generationensolidarität funktioniere. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein zentrales Element der NÖ Familienpolitik. Die Tagesmütter seien den Kinderbetreuerinnen gleichgestellt und eine hochqualitative Alternative. Das Budget für Familien sei zwar etwas gekürzt, man könne aber bei Bedarf zusätzliche Mittel über 15a-Vereinbarungen abrufen.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) sprach von der Notwendigkeit einer finanziellen und ideellen Wertschätzung von Kindern und Familien. Der Kahlschlag in der Familienpolitik auf Bundes- und Landesebene zeige aber das Gegenteil. Ein **Antrag** seiner Fraktion fordert eine Aufhebung der Kürzungen.

Abgeordnete Erika **A d e n s a m e r** (VP) meinte, viele Mütter würden in den ersten Jahren lieber bei ihrem Kind bleiben. Die Betreuung für Kinder unter zwei Jahren in der Familie oder einer familienähnlichen Situation sei am besten für die Kinder, die Entscheidung obliege aber letztlich den Eltern. Es könne nicht sein, dass die Politik den Eltern die Erziehung aus der Hand nehme. Sie sage Nein zu einer Verstaatlichung der Kleinstkinderbetreuung.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, seine Partei wolle einen Schwerpunkt bei den Familien setzen und diese noch mehr unterstützen. Die Erziehung der Kinder habe in der Familie stattzufinden. Wenn Mütter ihre Kinder ab dem ersten Lebensjahr außer Haus unterbringen müssen, dann habe das Land Niederösterreich auch diese Wahlfreiheit sicherzustellen. Die Familie müsse aber immer der Mittelpunkt bleiben, wofür seinerzeit als Unterstützung beispielsweise das Kindergeld eingeführt worden sei. In vielen anderen Ländern Europas sei die Unterstützung für Familien noch besser. Ziel sei es, mit einer individuellen Förderung ein Mehr an Kindern und Familien

zu erreichen. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** zum Thema „Keine Änderung der Familienbeihilfe“ ein.

Abgeordneter Josef **E d l i n g e r** (VP) meinte, die Familie sei die Keimzelle des Staates und unserer Gesellschaft. Für Familien in schwierigen Situationen gebe es Unterstützung vom Land Niederösterreich. Ein gutes Beispiel dafür sei die Familienhotline, bei der es auch Beratungen bei Problemen in der Familie oder hinsichtlich der Leistungen des NÖ Familienpasses gebe. Beim NÖ Familienpass sei auch eine Unfallversicherung inkludiert. Niederösterreich wolle mit diesen Leistungen viel Mut zu mehr Kindern machen.

Abgeordnete Christa **V l a d y k a** (SP) brachte einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung bei Untergruppen der Gruppe 4 ein. Sie betonte, ihrer Fraktion gehe es um echte Wahlfreiheit, und dazu würde eine Vielfalt an Einrichtungen im Land gehören. Überdies würden in Niederösterreich viele Menschen von Armut betroffen sein. Preissteigerungen, aber auch die Kosten für Bildung und Unterricht seien für diese Entwicklung mit verantwortlich. Gerade in diesem Bereich müssten Leid und Ungerechtigkeit verhindert werden. Unter den notwendigen Initiativen im sozialen Bereich, nannte sie u. a. die Mindestsicherung, die ARGE Wohnungssicherung, die Schuldnerberatung und die Wohnbauförderung. Sie forderte einen barrierefreien Zugang bei der Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) sagte, es sei ein Erfolg gewesen, bei der institutionellen schulischen Nachmittagsbetreuung Geld vom Bund nach Niederösterreich geholt zu haben. In Niederösterreich werde Flexibilität und Qualität bei der außerhäuslichen Betreuung der Kinder angeboten.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) meinte, über 4.000 Personen in Niederösterreich würden im Rahmen der 24-Stunden-Betreuung versorgt. Über 80 Prozent der Menschen in Niederösterreich wollten in den eigenen vier Wänden alt werden. Zur bedarfsorientierten Mindestsicherung meinte er, man solle die Menschen animieren, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Man müsse zwischen jenen Personen unterscheiden, die Unterstützung brauchen, und jenen, welche die Mindestsicherung zu Unrecht beziehen. Arbeit sei sinnstiftend und der Mensch ein soziales Wesen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, eine vorausschauende Politik bei Gesundheitsvorsorge und Pflege sei auf Grund der demografischen Entwicklung notwendig. Rund ein Drittel der Bevölkerung in Niederösterreich würde ab 2030 über 60 Jahre alt sein. Niederösterreich wolle eine soziale Modellregion sein und bleiben. Im Bereich der Pflege liege der Vorrang bei ambulanter und sozialmedizinischer vor stationärer Betreuung. In den NÖ Pflegeheimen herrsche hohe Pflegequalität, hier sei Menschlichkeit zu Hause. Niederösterreich könne im Bereich der Pflege einer guten Zukunft entgegensehen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, gemessen an der demografischen Entwicklung steige auch der Bedarf an stationärer Langzeitpflege und neuen Betreuungsangeboten. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit Klubobmann Waldhäusl fordert einen Systemwechsel in der stationären Pflege auf kleinere und dezentrale Einheiten.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) sprach von den Hilfsangeboten für Menschen mit Behinderungen. Deren Behinderung sei Teil ihrer Persönlichkeit. Gegen die noch immer bestehenden Vorurteile müsse die Politik gegensteuern. In Niederösterreich gebe es 140 Tagesbetreuungseinrichtungen, in denen 4.800 Personen beschäftigt und betreut werden.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) sagte, es scheine, als gebe es in Niederösterreich keine Armut, als hätten alle einen Arbeitsplatz, als könnten alle ihre Wohnungen heizen. Von einer Sozialregion sei man aber weit entfernt. Jetzt werde auch noch im Budget gekürzt, das sei definitiv an der falschen Stelle. Wer etwa Mindestsicherung erhalte, dürfe nicht um einen Heizkostenzuschuss ansuchen. Trotzdem gebe es 88.000 Menschen, die in Niederösterreich einen Heizkostenzuschuss beantragt hätten. Das seien viel zu viele.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) betonte, Niederösterreich entwickle sich im Sozialbereich ausgezeichnet. Auch gebe es sehr wohl einen Heizkostenzuschuss für Mindestsicherungsempfänger. Der Ausbau der Jugendwohlfahrt sei ein Meilenstein, Ziel sei die bestmögliche Versorgung der Kinder und Familien. Auch in der Fachstelle für Suchtprävention werde mit 500 Projekten pro Jahr hervorragende Arbeit geleistet.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) bezog sich auf die Jugendförderung. Er wünsche sich Informationen über jene Vereine und Organisationen, die damit unterstützt werden. Ähnliches gelte für Jugendrat und -kommission. Er habe den Verdacht, dabei könne es sich um die eine oder andere Alibiaktion handeln.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) meinte, vielen Beziehern der Mindestsicherung werde unterstellt, in der „sozialen Hängematte“ zu liegen. Dank und Anerkennung sprach er den Tagesmüttern für ihre Leistung in der Kinderbetreuung aus. In diesem Zusammenhang forderte er eine bessere soziale Absicherung für Tagesmütter. Zum Thema Jugendwohlfahrt meinte er: In diesem Bereich habe ein Paradigmenwechsel stattgefunden, und den Jugendlichen werde eine qualitativ hochwertige Betreuung durch Sozialarbeiter angeboten. In einem **Resolutionsantrag** forderte er den Ausbau von integrativen Betrieben.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) betonte, Niederösterreich habe sich in den letzten Jahren als eine soziale Modellregion im Herzen Europas etabliert. Der soziale Bereich umfasse beim Budget 2013 über 50 Prozent aller Ausgaben. Die Lebenserwartung für Männer und Frauen würde in den kommenden Jahren weiter steigen. In Niederösterreich sei das Zusammenleben zwischen den Generationen sehr ausgeprägt. In vielen Vereinen arbeiteten alt und jung zusammen. Eine wichtige Säule bei der Dorf- und Stadterneuerung sei mittlerweile auch der soziale Bereich.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) zog seinen Resolutionsantrag betreffend „Mehr Geld für familienpolitische Maßnahmen zurück“ und brachte einen nahezu gleich lautenden **Resolutionsantrag** zum gleichen Thema ein.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) berichtete zu den Arbeitsmarktdaten in Niederösterreich. Das Land verzeichne einen nahezu historischen Höchststand bei den Beschäftigungszahlen, in den letzten Jahren seien 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Rahmenbedingungen für Menschen, die sich in einem Arbeitsprozess befinden, müssten stimmen, u. a. durch Kinderbetreuungsplätze im Bereich von Firmen. Arbeitsplätze würden vor allem von Unternehmen geschaffen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) meinte, in ganz Europa gebe es einen Facharbeitermangel, weshalb es notwendig sei, in diesem Bereich neue Wege zu gehen. Bei einem Projekt im Waldviertel würden einfache Mitarbeiter zu Facharbeitern umgeschult.

Insgesamt gebe es laut Bundesminister Rudolf Hundstorfer 24 Mangelberufe in Österreich. Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl versuche nun, spanische Arbeitskräfte für österreichische Firmen zu lukrieren. Aufgrund der demografischen Entwicklung werde es immer schwieriger, gut ausgebildete Arbeitskräfte zu finden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, die Fleißigen und Anständigen im Land könnten nicht auf Dauer die Sozialhilfeempfänger erhalten. Für heimische Jugendliche gebe es zu wenige Arbeitsplätze. Aufgabe sei es, die ansässigen Familienbetriebe zu schützen und eine schleichende Verarmung der Bevölkerung zu verhindern. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen Antrag betreffend einer zukunftsorientierten innerösterreichischen Strategie zur Sicherung des heimischen Arbeitsmarktes ein.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) meinte, auf die Rekordbeschäftigung in Niederösterreich könne man stolz sein. Europaweit gebe es einen Fachkräftemangel, weshalb Niederösterreich die Förderung für die Lehrlingsausbildung aufgestockt habe. Eine wichtige Funktion würden auch die Lehrstellenberater ausüben.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) nahm zum Arbeitnehmerfonds Stellung. Er betonte, in Niederösterreich würden viele Facharbeiter gesucht, weil sich die Anzahl der Ausbildungsbetriebe für Lehrlinge seit dem Jahr 1980 halbiert habe. In die aktuelle Arbeitsmarktpolitik werde zu wenig Geld investiert, man bräuchte mehr Geld für Beschäftigungsprojekte und für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) ging auf die Maßnahmen ein, die für sozial benachteiligte Menschen gesetzt würden, und sagte, Niederösterreich habe bewiesen, dass es in der Lage sei, für diese Personengruppe Angebote zu suchen. Mit dem territorialen Beschäftigungspakt verfolge man zwei konkrete Ziele: erstens die Schaffung von Arbeitsplätzen im Land und zweitens die Senkung der Arbeitslosenquote. Es gebe in diesem Rahmen in Niederösterreich mehrere Projekte, die Pum in der Folge näher erläuterte. Abschließend meinte er, dass Niederösterreich hier den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) widmete sich der Wohnbauförderung und meinte, dass diese eine enorm hohe Bedeutung habe. Für Familien gebe es durch den Wohnzuschuss ein neues verbessertes Modell, für die ältere Generation sei das Betreu-

te Wohnen ein Schwerpunkt. Hier habe das Land bereits 330.000 Wohneinheiten gefördert. Auch im Bereich Junges Wohnen gebe es Maßnahmen. Ein wichtiges Thema sei in diesem Kontext der Umweltschutz, ein Schwerpunkt die Generalsanierung bzw. die Errichtung von Passivhäusern. Die Wohnbauförderung sei ein Impuls für die Wirtschaft und schaffe Arbeitsplätze. Man liege damit sehr gut.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) widmete sich ebenso der Wohnbauförderung, die er als wichtiges Element bezeichnete, um bei den Menschen regional wirksam zu sein. Der Klimabericht habe zuletzt eine CO₂-Reduktion um 23 Prozent gezeigt, was auch ein Erfolg der Wohnbauförderung sei. Die Wirtschaft werde durch den Wohnbau quer durchs Land belebt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) bezeichnete die Wohnbauförderung als einen starken Impuls für die Wirtschaft. Sie sei ständig auszubauen und müsse auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen. Das Geld müsste dort investiert werden, wo auch Bedarf vorhanden sei. Kritisch merkte er an, dass zwischen Kauf und Miete fast kein Unterschied mehr bestehe; Wohnbauförderungsgelder würden zu Genossenschaften, nicht zu Mietern fließen. Auch die Wohnbeihilfe brauche immer größere finanzielle Mittel, hier laufe etwas schief. Es sei nötig, Wohnbauhilfe für alle zu gewähren, die es brauchen, und im geförderten Wohnbau umzudenken, man müsse von der Objekt- zur Subjektförderung kommen. Positiv merkte er an, dass der Baustoff Holz heute wieder die Anerkennung habe, die er verdiene.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) sagte, dass sich das Land als soziale Modellregion ausgestaltet habe, wobei das betreute Wohnen einen wichtigen Aspekt darstelle. Das Land unterstütze die Gemeinden hierbei u. a. bei der Organisation. Es gebe auch viele Einheiten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Heute seien in Niederösterreich bereits rund 400.000 Menschen über 60 Jahre alt, diese Zahl würde steigen, und es gelte, sich damit auseinanderzusetzen. Ziel der Wohnbauförderung sei auch, Lebensqualität bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) merkte eingangs an, dass beispielsweise die Lehrwerkstätte in Loosdorf hervorragend ausgelastet sei. Dann hielt er zur Wohnbauförderung fest, dass für 2013 in diesem Gesamtkomplex 424 Millionen Euro vorgesehen seien. 66,5 Millionen Euro seien für Wohnbeihilfen vorgesehen. Dies sei sehr niedrig gegriffen, da die Belastungen für die Menschen immer mehr werden. Er brachte ge-

meinsam mit Klubobmann Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Aufstockung der Wohnbauförderung auf 500 Millionen Euro ein. Weiters meinte er, dass die Wohnbauförderung ein Motor sein, der aus der regionalen Wirtschaft nicht wegzudenken sei.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) betonte, die Wohnbauförderung in Niederösterreich nehme speziell auf Familien und Kinder Rücksicht. Das zeige einmal mehr, dass Familienpolitik in Niederösterreich eine Querschnittsmaterie sei.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) sagte, Niederösterreich mit einem Entwicklungsland gleichzusetzen, mache ihn nachdenklich. Alles schlecht darzustellen, sei keine Basis für Handlungsbedarf. Niederösterreich liege im Sozialbereich europaweit an der Spitze. Sozialpolitik in Niederösterreich sei kein Mittel zum Zweck, sondern solle den sozial Bedürftigen zugute kommen. Das Unsozialste, das ein Land machen könne, sei, pleite zu gehen.

Die Gruppe 4 wurde mit VP-SP-Mehrheit bzw. bei den getrennt abgestimmten Punkten mit VP-Mehrheit beschlossen. Der Abänderungsantrag und sämtliche Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Gruppe 5

Gesundheit

In der Gruppe 5, Gesundheit, stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 519,69 Millionen Euro Einnahmen von 32,32 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Karl **B a d e r** (VP) eröffnete die Debatte: Die größten Herausforderungen in der Umweltpolitik lägen in der Begrenzung des Klimawandels, der Bewahrung der Artenvielfalt und einer Schonung der Ressourcen. Niederösterreich sei sich seiner Verantwortung für eine intakte Natur und Umwelt bewusst. In der Gesundheitspolitik sei die Vorsorge ein zentrales Anliegen. Ziel sei es, Lebens- und Gesundheitserwartung zusammenzuführen. Hinsichtlich der Sicherstellung der Finanzierbarkeit fordere Niederösterreich seit langem eine Finanzierung aus einer Hand. Die gestrige Grundsatzvereinbarung markiere aber nur die Hälfte der Strecke.

Abgeordneter Ing. Hermann **H a l l e r** (VP) ergänzte, Gesundheit sei nicht nur beim Arzt oder im Spital abzuwickeln. Es gebe auch ein hohes Maß an Eigenverantwortung beim gesunden Älterwerden. Wichtig sei, dass Gesundheit auch leistbar bleibe. Gute Qualität koste viel Geld, schlechte aber noch viel mehr. Erklärtes Ziel der Gesundheitsreform sei es, das System effizienter zu gestalten.

Abgeordneter Otto **K e r n s t o c k** (SP) sprach von großen Herausforderungen durch die demografische Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Die Grundsatzvereinbarung als partnerschaftliches Zielsteuerungssystem hebe Effektivität und wirtschaftliche Effizienz. Hauptbelastungsfaktoren für die Bediensteten in den Landeskrankenhäusern seien zu lange Arbeitszeiten und eine überbordende Verwaltung. In den vergangenen Jahren sei der Dienstpostenplan ausgeweitet worden, heuer bleibe aber die Anzahl der Planposten konstant. Er brachte einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung zu einer Untergruppe ein. Außerdem brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Versorgungsengpass bei den NÖ Gesundheitsberufen ein.

Abgeordneter Hans Stefan **H i n t n e r** (VP) sagte, nach vielen Diskussionen werde das Landeskliniken-Modell Baden-Mödling Wirklichkeit. Auf Grund der gesetzlichen Auflagen sei es notwendig gewesen, das gemeinsame Krankenhaus Baden-Mödling zu er-

richten. Angesichts des Baufortschrittes werde das Krankenhaus Mödling sicher bald fertig gestellt. Überdies werde die Stadt Mödling auch vom Bundesrechnungshof geprüft. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, wer die Kontrolleure kontrolliere.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) berichtete über die Entwicklung des Spitalswesens in Österreich. Das Gesundheitswesen brauche eine Strukturierung und deshalb müssten alle Spitäler vom Land gesteuert werden. Die Zeit, Bewusstseinsbildung für den Umweltschutz zu betreiben, sei abgelaufen. Ihre Fraktion fordere nun auch Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz. Die Welt stehe vor gewaltigen Umbrüchen, auch auf Grund der demografischen Entwicklung und weil so viele Materien ineinander greifen. Sie brachte einen **Antrag** betreffend BürgerInnenbeteiligung – Energiewende-Projekte in den Gemeinden ein.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, beim Gesundheitswesen dürfe nicht gespart werden. Er sprach im Namen seiner Fraktion allen, die im Gesundheitswesen tätig sind, Dank aus. Seine Fraktion unterstütze die Errichtung der Spitäler in Mödling und in Baden. Das Geld und die Leistungen müssten aber auch bei den Patienten ankommen. Abzulehnen sei eine Zweiklassenmedizin. Wichtig sei, den Arztberuf im ländlichen Raum attraktiver zu machen und die Krankenkassen zusammenzulegen. Überdies müssten die e-cards mit Fotos ausgestattet werden. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Absicherung des NÖ Gesundheitswesens, weiters einen **Antrag** betreffend Ausbau der Gänserndorfer Tagesklinik in ein vollwertiges Landeskrankenhaus sowie einen dritten **Antrag** betreffend sofortiger Abschaffung der Seuchenvorsorgeabgabe ein.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) meinte, zentrale Aufgabe des Landes sei es, optimale Rahmenbedingungen für die Gesundheitsversorgung der Bürger zu leisten. Besonders die Gesundheitsvorsorge sei ein wichtiges Ziel, dabei führte er die Initiative „tut gut“, die betriebliche Gesundheitsförderung sowie „Apollonia“ zur Kariesprävention an. Lebensstil und Gesundheitsvorsorge würden sehr eng zusammenwirken.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, wichtige Teile der Gesundheitsvorsorge seien die Kindergesundheit sowie die Seniorengesundheit. In diesem Zusammenhang solle ein umfassender Gesundheitsbericht für Jugendliche ausgearbeitet werden. Weitere Initiativen seien „Richtig essen von Anfang an“ bzw. „Ohne Rauchen durch

die Schwangerschaft“. Auch der Arbeitsplatz habe großen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sagte, die Stadt St. Pölten erspare sich durch die Übergabe des Spitals an das Land jährlich 50 Millionen Euro. Die Patientenbefragung sowie die Patientenadvokatur bezeichnete er als wichtige Instrumente. Für die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern gebe es diverse Maßnahmen, beispielsweise eine Mitarbeiterbefragung. Zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Kernstock meinte er, dieser sei ehrenwert, doch es sei alles bereits im Laufen. Seine Fraktion stimme diesem Budgetkapitel zu.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) widmet sich dem Thema Umweltschutz und ging dabei zuerst auf die E-Mobilität ein. Niederösterreich habe 2008 mit einer entsprechenden Förderung begonnen, bei ecoplus habe man eine eigene Stelle für E-Mobilität eingerichtet, und man habe auch drei E-Mobilitätsregionen im Land etabliert. Ein gutes Projekt sei auch der E-Bus in Perchtoldsdorf. Weiters widmete er sich dem Thema Klimaschutz und sagte, dass Niederösterreich dabei immer ein Vorreiter gewesen sei. Es gebe bereits Teilerfolge; die Treibhausemissionen würden sich nicht gleich dem Wirtschaftswachstum entwickeln, man habe die Energiewende eingeleitet. Mit dem Energiefahrplan 2030 sei man sehr gut unterwegs, am Kleinverbrauchersektor habe man das Kyoto-Ziel schon erreicht. Gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried und Krismer-Huber brachte er einen **Resolutionsantrag** zu einem klaren Nein zum Ausbau des AKW Temelin ein.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) merkte im Hinblick auf die Wortmeldung Krismer-Hubers an, dass es nach wie vor wichtig sei, die Menschen anzuleiten und Bewusstseinsarbeit zu leisten. Das Ziel von 100 Prozent erneuerbarem Strom bis 2015 sei durch ein Maßnahmenbündel zu erreichen. Niederösterreich sei bereits heute Windkraftland Nummer eins, brauche aber noch eine Verdopplung in diesem Bereich. Zu den Zielen, die man sich bis 2020 gesteckt habe, meinte er, dass die fossilen Energieträger bei den Neubauten im wesentlichen verdrängt würden, Passiv- und Niedrigenergiehäuser würden vermehrt gebaut, der geförderte Wohnbau sei dabei Vorreiter.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) bezeichnete Niederösterreich als Naturland Nummer eins, da es als erstes Bundesland ein eigenes Naturschutzgesetz erlassen habe. Im Einklang mit der Bauernschaft müsse die Produktion gesichert und der Erhalt

der Natur garantiert werden. Es gebe in allen Regionen Nationalparke und Naturdenkmäler sowie entsprechende Erfolge, etwa bei den Habichtskäuzen, bei der Installierung von Amphibienschutzgittern oder auch bei der Markierung und Verlegung von Stromleitungen.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) widmete sich ebenfalls dem Umweltschutz und meinte, dass die SP – aus Gründen einer unverhältnismäßigen Gewichtung bei der Verteilung der Budgetmittel – diesem Budgetbereich nicht zustimmen könne. Dennoch betonte er, dass im Bereich Umweltschutz in Niederösterreich viel passiert, die Ziele seien ambitioniert und gut, doch müsse man Worten auch Taten folgen lassen. Eine Ankündigungspolitik sei zu wenig im Hinblick auf die Erreichung der Energiewende. Zur Wortmeldung Rennhofers sagte er, dass es nicht genüge, das Kyoto-Ziel im Bereich Kleinverbraucher erreicht zu haben. Der Energieverbrauch müsse generell um 50 Prozent gedrosselt werden.

Abgeordneter Josef **E d l i n g e r** (VP) sprach auch zum Thema Umweltschutz und kritisierte die steigende Vernichtung von Lebensmitteln in den Haushalten und quer durch alle Bevölkerungsschichten. Allein in Niederösterreich würden jährlich 200 Millionen Euro auf diesem Weg im Müll landen. In Niederösterreich habe es dazu ein Pilotprojekt gegeben, in 1.000 Haushalten habe man das Verhalten untersucht, und schließlich hätten sich wesentliche Verminderungen eingestellt. Das Thema müsse weiter verfolgt werden. Auf die Aktion „Wir halten NÖ sauber“ ging er ebenfalls ein, im Vorjahr hätten in diesem Rahmen 26.000 Freiwillige Müll gesammelt. Die Aktion „Natur im Garten“ biete seit 1999 Beratungen an, es gebe pro Jahr 44.000 Beratungen, und 10.200 Gärten seien bereits mit Plakette der Aktion versehen. Auch der Gartentourismus sei von Bedeutung, über drei Millionen Menschen konnten 2011 in den Schaugärten begrüßt werden.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) kündigte an, dem Antrag des Abgeordneten Rennhofer zu Temelin beitreten zu wollen. Seitens der Tschechische Republik gebe es ebensowenig Zugeständnisse an die Sicherheit der grenznahen österreichischen Bevölkerung wie vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Ausländer hätten im Fall der Beanspruchung kein Klagerecht. Ein Antrag seiner Fraktion fordere einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung vor grenznahen Atomkraftwerken.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) betonte, Landesrat Pernkopf setze sich massiv gegen den Ausbau der Atomkraftwerke ein. Die im Vorjahr gegründete Energie- und Umweltagentur wiederum forcieren bewusstseinsbildende Maßnahmen, Klimaschutz mache nicht an den Grenzen halt.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sprach zur Geschichte der NÖ Abfallwirtschaft in den letzten 20 Jahren. Die Auslastung der Müllverbrennungsanlage Dürnrohr sei zu gering. Daher sollten die Gewerbebetriebe ähnlich den Haushalten per Gesetz angehalten werden, sich dieser Versorgungsschiene anzuschließen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, bei den Emissionen mache der Verkehr 36 Prozent aus, 58 Prozent davon seien als Pkw- und Mopedverkehr ausgewiesen. Angesichts dessen sei es verlogen, die Klima- und Energiepolitik als Erfolg dazustellen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) forderte angesichts dieser Aussagen den nötigen Respekt ein. Klima- und Umweltschutz seien in Niederösterreich keine bloßen Modeworte. Eine gesunde Umwelt und eine funktionierende Wirtschaft schließen sich gegenseitig nicht aus. Das Budget im Umweltbereich leiste auch einen wertvollen Beitrag für den Arbeitsmarkt im Bereich von green jobs.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) begrüßte es, dass die FP seinem Anti-Atom-Antrag beitreten wolle. Umweltpolitik sei eine globale und regionale Herausforderung. Es gehe längst nicht mehr bloß um technische Lösungen, sondern entsprechenden Lebenswandel etc.

Die Gruppe 5 wurde mit der Mehrheit von VP und SP bzw. bei dem getrennt abgestimmten Punkt mit VP-Mehrheit beschlossen. Von den Resolutionsanträgen wurden jener der Abgeordneten Krismer-Huber u. a. (Bürgerbeteiligung) und jener des Abgeordneten Rennhofer u. a. (Temelin) jeweils einstimmig angenommen, die restlichen Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Gruppe 6

Straßen- und Wasserbau, Verkehr

In der Gruppe 6 stehen Ausgaben von 505,21 Millionen Euro Einnahmen von 61,67 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) eröffnete die Debatte: Die Zahlen zeigten, dass im öffentlichen Verkehr in Niederösterreich sehr wohl viel passiere. Die Pünktlichkeit und das Service der Züge seien in einem Vertrag zwischen dem Land Niederösterreich und den ÖBB festgeschrieben worden. Auch die Waldviertellinie und die Wachaulinie hätten sich erfolgreich entwickelt, was sich auch in den gestiegenen Fahrgastzahlen widerspiegeln. Überdies biete die neue Westbahnlinie zwischen St. Pölten und Wien neue Chancen und viele Verbesserungen für Pendler. In Niederösterreich werde mehr in den öffentlichen Verkehr als in den Ausbau der Straße investiert. Zum NÖ Straßendienst meinte er: Rund 3.500 Mitarbeiter würden mit kleineren Projekten sehr viel für die Sicherheit leisten. Er sprach den Mitarbeitern des NÖ Straßendienstes seinen Dank aus.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, das Bundesland Niederösterreich lege einen Schwerpunkt auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Mit der Eröffnung der Umfahrung Maissau sei ein Meilenstein für die gestiegene Lebensqualität der Bevölkerung und eine höhere Verkehrssicherheit gesetzt worden. Die vielen Maßnahmen im niederösterreichischen Straßennetz hätten dazu beigetragen, dass die Anzahl der Verkehrsunfälle zurückgegangen sei. Auch das neue Jugendticket, das kürzlich präsentiert wurde, könne eine Belebung für die Waldviertel-Buslinie darstellen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) unternahm einen Streifzug durch die Angebote des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Allerdings seien viele Nebenbahnen bereits stillgelegt worden. Waldviertel und Mostviertel seien mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer erreichbar. Die neue Spritpreisnovelle habe die Preise von Benzin und Diesel reduziert nicht. Er forderte im Namen seiner Fraktion mehr Park & Drive-Anlagen entlang der Westautobahn. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen zwei **Anträge** betreffend Einführung einer Spritpreisdeckelung bzw. Park & Drive – Erweiterung entlang der Westautobahn A1 ein.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) betonte, das Land investiere in die Mariazellerbahn 117 Millionen Euro, und es sei selbstverständlich, dass sich auch die Gemeinden entlang der Bahnstrecke um die Infrastruktur kümmern. Der neue Fahrplan für die Westbahn biete auch neue Züge für die Pendler. Der NÖ Straßendienst und die Straßenmeistereien seien mit ihren Projekten zur Hebung der Verkehrssicherheit unverzichtbar geworden. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Taktverdichtung auf der Südbahn ein.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) sagte, die Klimakonferenz in Rio sei in aller Munde. In Niederösterreich bestehe Nachholbedarf bei der Reduktion der Kohlendioxidemissionen und beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wenn man das Auto stehen lasse und mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahre, könne man auf Grund der hohen Spritpreise viel Geld sparen. Im Namen ihrer Fraktion forderte sie mehr Wahlfreiheit für die Bürger im Bereich der Mobilität. Um eine Veränderung beim Mobilitätsverhalten zu erreichen, müsse der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Sie kritisierte, dass das neue Einkaufszentrum in Gerasdorf über keinen öffentlichen Verkehrsanschluss verfüge. Sie meinte, Niederösterreich solle im öffentlichen Verkehr eine Vorreiterrolle einnehmen und brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich ein.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) hielt fest, dass für den öffentlichen Verkehr diesmal 108 Millionen Euro und damit mehr als im Vorjahr vorgesehen seien. Zudem seien die ÖBB inzwischen pünktlicher, man habe neue Park & Ride-Anlagen errichtet etc. Im Individualverkehrsbereich habe man in den vergangenen Jahren tolle Projekte umgesetzt, weitere würden folgen. Er erinnerte unter anderem an den Ausbau und die Generalsanierung entlang der A 2, an die Maßnahmen an der A 6, A 5 oder auch S 1. Die S 8 Marchfeldschnellstraße sei ein Beispiel für die Erleichterung, die diese Maßnahmen für die Bevölkerung bringen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Jugendticket und NÖ Semesterticket-Förderung ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) bat darum, punkto Verkehrsangelegenheiten auch die Region Waldviertel in Angriff zu nehmen und zumindest eine entsprechende Planung ins Auge zu fassen. Hierzu brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Infrastrukturpaket für das Waldviertel ein, ebenso einen **Antrag** zum Ausbau der B 37.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) beantragte eine getrennte Abstimmung zu Untergruppen der Gruppe 6. Dann widmete er sich dem Bereich Verkehr, in dem zuletzt viel weitergegangen sei. Die budgetierten Mittel in diesem Bereich seien der SP allerdings zu wenig. Niederösterreich sei ein Flächenbundesland mit starkem Kern, im Wiener Umland gebe es 184.000 Pendler, allem im Individualverkehr. Er sprach sich für die Einführung einer variablen Mineralölsteuer sowie für eine Zweckbindung der MÖSt aus. Zum öffentlichen Verkehr meinte er, dass der Großraum Wien bis 2030 weiter wachsen würde und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr hier oft unzureichend sei. Es sei ihm ein Anliegen, Wien, Niederösterreich und das Burgenland an einen Tisch zu bekommen und ein vernünftiges Verkehrskonzept für die Ostregion zu schaffen. Abschließend wies er auf die Notwendigkeit der Götzendorfer Spange hin.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) brachte gemeinsam mit dem Abgeordneten Michalitsch einen **Resolutionsantrag** betreffend Parkraumbewirtschaftung ein und dankte Landesrat Wilfing für seine Arbeit.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meldete sich in Namen der Region Baden/Mödling zu Wort und brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Antrag** für mehr Züge für Pendlerinnen und Pendler an der Südbahn ein. Sie bringe diesen Antrag im Sinne vom Gumpoldskirchen und aus Solidarität mit den Südbahngemeinden vor den Landtag, gefragt sei hier eine Taktverdichtung ohne Umschichtungen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) widmete sich dem Thema Wasser respektive Hochwasserschutz in Niederösterreich und unterstrich vor allem, dass in diesem Bereich zusätzliche Mittel lukriert werden konnten. Es stünden nun 7,5 Millionen Euro mehr in diesem Bereich zur Verfügung, über 7.000 Menschen könnten dadurch rascher in Sicherheit leben. Das Geld sei bestens investiert und gebe Impulse für die Wirtschaft.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) ging ebenfalls auf das Thema Wasser ein und sprach insbesondere über den Wasserwirtschaftsfonds. Man habe die Kostenüberschreitungen im Vergleich zur Vergangenheit ziemlich eingedämmt, für heuer seien 182 Bauvorhaben bewilligt. Speziellen Dank sprach er der Abteilung Wasserwirtschaft aus.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) meinte zur Verkehrsproblematik, der Halbstundentakt lohne sich nicht, wenn sich die Gemeinden nicht beteiligten. Zum Thema Wasser führt er aus, dass die Wasserversorgung eine Kernaufgabe der kommunalen Tätig-

keit sei. Beim Abwasser solle der Versorgungsgrad der Kläranlagenanschlüsse noch auf 95 Prozent gesteigert werden.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) referierte zum Schutzwasserbau: Die Unberechenbarkeit der Naturgewalten sei erst in den letzten Tagen wieder deutlich vor Augen getreten. Bisher hätten die Kommunen maximal 25 Prozent der Kosten zu tragen gehabt. Seit Jahresbeginn gelte aber eine Drittelfinanzierung, was Erschwerungen für die Gemeinden bedeute. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Bereitstellung von Fördermitteln aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds für die Jahre 2013 und 2014.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) sagte zur B 37, dass sich das Land Niederösterreich intensiv für die Verkehrssicherheit auf dieser Strecke einsetze. Wenn das Verkehrsaufkommen weiter steige, sei auch ein weiterer Ausbau möglich. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert eine Evaluierung der Verkehrssicherheit an der B 37 und gegebenenfalls weitere Maßnahmen. Ein weiterer **Resolutionsantrag** betrifft die Absicherung und Aufwertung der Franz-Josefs-Bahn.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) stellte fest, dass die VP damit erst auf den FP-Antrag reagiere. Ihm gehe es aber nur darum, dass tatsächlich etwas geschehe. Daher trete er auch den beiden Anträgen bei. Den ersten Antrag zur Aufwertung der Franz-Josefs-Bahn habe er bereits vor zehn Jahren gestellt.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) kündigte an, ebenfalls den beiden Anträgen beizutreten.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) betonte, die S 1 habe im Weinviertel großen Aufschwung gebracht. Sehr positiv sei auch die Mobilitätszentrale Weinviertel. Beim Quell- und Grundwasser gebe es im Weinviertel teilweise Probleme, im Bezirk Korneuburg gebe es zwei Sanierungsgebiete. Ein **Resolutionsantrag** fordert eine ausreichende Dotierung des Bundeswasserwirtschaftsfonds.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) hob die klare Ausrichtung Niederösterreichs auf den öffentlichen Verkehr hervor. Beim Hochwasserschutz sei es gelungen, 7,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu stellen. Niederösterreich sei das einzige Bundesland mit einem Prognosesystem im Internet.

Die Gruppe 6 wurde mit VP-SP-Mehrheit bzw. bei den getrennt abgestimmten Punkten mit VP-Mehrheit beschlossen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Michalitsch (Taktverdichtung Südbahn) wurde mit Mehrheit von VP, SP und FP, jener des Abgeordneten Lobner (Jugendticket) einstimmig angenommen. Die Resolutionsanträge Hackl/Michalitsch (Parkraumbewirtschaftung) und Hofbauer u. a. (Verkehrssicherheit B 37) wurde mit Mehrheit angenommen, die Resolutionsanträge Hofbauer u. a. (Franz-Josefs-Bahn) und Haller (Bundeswasserwirtschaftsfonds) wurden einstimmig angenommen, die restlichen Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Gruppe 7

Wirtschaftsförderung

In der Gruppe 7 stehen Ausgaben von 161,47 Millionen Euro Einnahmen von 7,62 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Michaela *Hinterholzer* (VP) meinte, der Wirtschaftsmotor laufe sehr gut in Niederösterreich, trotz der internationalen Turbulenzen und der Probleme in der Eurozone. Im Jahr 2011 habe Niederösterreich ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent erreicht. Einen großen Erfolg verzeichne auch die Tourismuswirtschaft mit hohen Übernachtungszahlen. Eine große Herausforderung für die Wirtschaft sei der Fachkräftemangel. Hingegen würden sich die Technopole in Wiener Neustadt, Krems, Tulln und Wieselburg erfolgreich entwickeln.

Abgeordnete Marianne *Lembacher* (VP) sagte, ohne die Bauern wäre Niederösterreich nicht Niederösterreich. Im Rahmen einer Werbekampagne werde nun auf die Leistungen der Landwirtschaft aufmerksam gemacht. Die Bauern seien auch verantwortlich für die gepflegte Landschaft, was auch für den Tourismus wichtig sei. Die Landwirte seien mit einem Umsatz von 2,3 Milliarden Euro ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Land. Heuer hätten Unwetter wie Frost, Hagel und Dürre viele Schäden verursacht.

Abgeordnete Dr. Helga *Krismer-Huber* (G) brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Verbot der Anwendung von bienen- und umweltschädigenden Beizmitteln auf Basis von Neonicotinoiden und Fipronil ein.

Abgeordneter Ing. Franz *Reinhofner* (VP) berichtete über Biowärme und Nahwärme in Niederösterreich. Über 31.000 Abnehmer würden solcherart mit Wärme versorgt. Die Wertschöpfung bei Biowärme und Nahwärme bleibe bei den niederösterreichischen Bauern und Forstwirten.

Abgeordneter Benno *Sulzberger* (FP) kritisierte das starke Bauernsterben im Land. Die Struktur im ländlichen Raum könne ohne Bauern nicht aufrechterhalten werden. Wenn die Bauern sterben, würde auch das Land sterben. Um dies zu verhindern,

sei ein Schulterschluss aller im Landtag vertretenen Parteien notwendig. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Stopp dem Bauernsterben ein.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) sagte, dass der Bauernbund die Bauern unterstütze und der ländliche Raum für Niederösterreich von großer Bedeutung sei. Auch die EU habe die Herausforderungen für den ländlichen Raum erkannt und diverse Programme installiert. Die Aufgabe der Landwirtschaft sei vor allem die Herstellung von Nahrungsmitteln, das AMA-Gütesiegel sei ein verlässliches Siegel. Die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes sei wichtig, die Landesausstellung 2015 sei auch hierzu ein wichtiger Punkt.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) sagte, dass es in der Landwirtschaft Probleme und dringenden Reformbedarf gebe; die flächendeckende bäuerliche Struktur schwinde zunehmend. Angesichts dieser Misere gelte es, über die Strukturen nachzudenken. Den Bauern würden viele Leistungen abverlangt, die entsprechend abzugelten seien. Es bestehe jedoch auch innerhalb der Bauern keine Verteilungsgerechtigkeit. Das historische Modell sei überholt und durch ein gerechteres System abzulösen. Die Landwirte müssten mehr als bisher unterstützt werden. Die Landwirtschaftskammer bezeichnete er als Verwaltungsapparat mit steigenden Personalkosten von über 17 Millionen Euro. Die aktuelle Imagekampagne werde den Bauern wenig bringen, das Geld hätte besser direkt den Bauern gegeben werden sollten. Die SP lehne einzelne Positionen in diesem Budgetansatz ab.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, dass es sich die VP leicht mache, stets hätten VP-Politiker bzw. der Bauernbund Verantwortung für die Bauern gehabt.

Abgeordneter Franz **G r a n d l** (VP) ging auf die Strukturveränderung ein und meinte, dass diese eher auf der technischen Entwicklung beruhe als auf der Preisentwicklung. Letztere sei nicht alleine entscheidend. Auch sei für die Frage, wo sich die landwirtschaftliche Struktur verändere, der Arbeitsmarkt entscheidend. Die Landwirtschaft würde die Strukturveränderung selbst regeln, die Politik sei nicht schuld daran, sondern begleite nur die Veränderung. Zum Abgeordneten Leichtfried meinte er, dass es eine Landes-Landwirtschaftskammer und 21 Bezirksbauernkammern gebe. Diese würden hervorragende Beratungen leisten. Vormalig habe es über 60 Bezirksbauernkammern

gegeben, ohne Aufforderung habe man auf 21 reduziert. Die Landwirtschaft könne sich auf den Bauernbund, Landesrat Pernkopf und Landeshauptmann Pröll verlassen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) widmete sich dem Thema Wirtschaft und dabei insbesondere den Förderungsmaßnahmen. Als drei wichtige Säulen führte sie hierzu die ecoplus, die N-vest und die NÖ Werbung an. Mit dem Budget für 2013 sei sichergestellt, dass in Niederösterreich weiterhin Investitionen unterstützt werden können und weitere Impulse für die Wirtschaftsentwicklung gegeben sind.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) beantragte zu Beginn eine getrennte Abstimmung für einzelne Untergruppen der Gruppe 7. Dann widmete er sich der regionalen Entwicklung der Wirtschaft in Niederösterreich und ging auf das Problem der Abwanderung, der schrumpfenden Dörfer und der Arbeitsplatzsuche ein. Alle Regionen sollten die gleichen Chancen bekommen. In den peripheren Regionen mancher Teile Niederösterreichs sei eine dramatische Entwicklung zu beobachten. Der Hauptgrund hiefür liege oft in veränderten gesellschaftlichen Bereichen, in den Ausbildungsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Fördermöglichkeiten. Es gelte gegenzusteuern. Die NÖ Kommunen seien in Zeiten der Hochkonjunktur die größten Investoren und Arbeitsplatzsicherer Nummer eins gewesen. Deshalb sei es von größter Bedeutung, die Wirtschaftskraft der Gemeinden zu erhalten. Ein Investitionsfonds könnte dies sicherstellen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) antwortete, es gebe zwar benachteiligte Regionen, die Regionalförderung würde aber dem Waldviertel und dem Weinviertel die größte Unterstützung zukommen lassen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Niederösterreich sei eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die Strategie 2015 garantiere, dass die Landsleute eine hohe Lebensqualität genießen und die Unternehmer erfolgreich arbeiten könnten. Hauptziele seien das höchste Wirtschaftswachstum in der Ostregion, eine Steigerung der hochwertigen Arbeitsplätze und die Positionierung Niederösterreichs als nachhaltiger Wirtschaftsstandort.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, die Tourismusentwicklung sei 2011 sehr positiv gewesen. Bei den Nächtigungen habe es eine neue Rekordmarke gegeben. Die rückläufige Zahl der Förderungsbewilligungen habe mit dem Abwarten der Unternehmen zu tun. Sorgenkinder seien die Schigebiete Hochkar und Hollenstein. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit Klubobmann Waldhäusl fordert die Befreiung von Nahversorgungsunternehmen von der Tourismusabgabe.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sprach zum Urlaub am Bauernhof und zum Weinherbst. Niederösterreich habe sich mittlerweile als Land der Genießer positioniert. Beim Urlaub am Bauernhof gebe es plus 43 Prozent an Nächtigungen in den letzten elf Jahren. Die Tourismus- und Freizeitangebote seien mittlerweile ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor in Niederösterreich geworden.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) freute sich über die touristische Entwicklung des Weinviertels. Im Vorjahr habe es bereits rund 600.000 Nächtigungen gegeben. Das liege zum einen an der Unterstützung des Landes, zum anderen an den vielen privaten Initiativen, die das Weinviertel geradezu herausgeputzt hätten.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) betonte, die NÖ Tourismuszahlen lägen weit über dem österreichischen Durchschnitt. Die Tourismusstrategie 2015 zielen auf eine Erhöhung der Wertschöpfung, eine bessere Auslastung der Kapazitäten, eine bessere Vermarktung der Marke Niederösterreich u. a. ab. Investiert werde auch in periphere Gebiete, um dort die Wirtschaftskraft zu erhöhen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, es gebe durchaus Bereiche, auf die man stolz sein könne, etwa die 80.000 kleinen und mittleren Unternehmen. Bei der Regionalförderung müsse man auch den Mut haben, die Qualität der Projekte zu evaluieren. Projekte, die nicht ankämen, so genannte „Kübel-Projekte“, seien meistens jene, die von der Politik gewaltsam durchgedrückt worden seien. Er meinte, die Wirtschaftsagentur ecoplus habe sehr viel für das Land Niederösterreich und seine Menschen geleistet.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) berichtete zu den Regionalisierungsprojekten. Er meinte, vor 25 Jahren sei der Beschluss gefasst worden, die Regionalisierung zu starten. Viele Unternehmen, Regionen und Gemeinden seien bei Projekten unterstützt worden. Insgesamt habe man im ganzen Land 2.170 Projekte mit einem Volumen von einer Milliarde Euro verwirklicht. Mit 31 Prozent der Förderprojekte sei das Waldviertel am stärksten unterstützt worden. Das Spektrum umfasse u. a. Aufschließungen, Technologiezentren, Tourismusprojekte oder Wintersportprojekte am Semmering und auf dem Jauerling. Das Land Niederösterreich habe beschlossen, die Regionalisierung bis zum Jahr 2020 zu verlängern.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) bezeichnete die Wirtschaftsagentur ecoplus als eine Sternstunde für das Land Niederösterreich. Über 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden in den ecoplus-Wirtschaftsparks Arbeit finden. ecoplus habe sich auch im Bereich der Mietobjekte gut positioniert. Der Wirtschaftsagentur sei es gelungen, in den letzten Jahren 755 Unternehmen in Niederösterreich anzusiedeln. Er brachte gemeinsam mit Kluobmann Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Erschließung brachliegender Industriegrundstücke ein.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) berichtete zum Thema Internationalisierung und Exportwirtschaft. Der historisch wichtigste Schritt für die heimische Wirtschaft sei der Weg in die europäische Erweiterung gewesen, welche die niederösterreichischen Betriebe als Chance begriffen und genutzt hätten. Niederösterreich habe immer ein überproportional hohes Wirtschaftswachstum verzeichnet, viele heimische Unternehmen hätten in die Nachbarländer exportiert und dadurch auch Arbeitsplätze absichern können. Der nächste Vermarktungsschwerpunkt sei auf den großen türkischen Markt ausgerichtet.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) berichtete über die Technopol-Standorte im Land Niederösterreich. Niederösterreich habe rasch auf das geänderte Umfeld reagiert und im Bereich von Forschung und Entwicklung einen neuen Schwerpunkt gesetzt. Die Technopole Wiener Neustadt, Krems und Tulln seien in der Nähe von Ausbildungszentren angesiedelt worden. Im Jahr 2011 habe Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll das neue Universitäts- und Forschungszentrum in Tulln eröffnet. Insgesamt seien 1.750 Menschen in den Technopolen beschäftigt.

Die Gruppe 7 wurde in getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. von VP und SP beschlossen. Sämtliche Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Gruppe 8

Dienstleistungen

In der Gruppe 8 sind Ausgaben von 2.363,80 Millionen Euro und Einnahmen von 2.346,95 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) verlangte eine getrennte Abstimmung in Untergruppen.

Die Gruppe 8 wurde in getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. von VP und SP beschlossen.

Gruppe 9

Finanzwirtschaft

In der Gruppe 9 stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 826,16 Millionen Euro Einnahmen von 3,70 Milliarden Euro gegenüber.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte, in der Gruppe 9 werde aufgezeigt, wo neue Schulden gemacht wurden und wo das Geld herkomme, um die Schulden abzudecken. Der Rechnungshof habe in seinem Prüfbericht die Einmaleffekte kritisiert und strukturelle Maßnahmen gefordert. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend „Kein weiteres Verscherbeln unseres Familiensilbers“ ein.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) bemerkte abschließend, dass Klubobmann Waldhäusl heute hier kein Recht habe, untergriffig zu werden. Er brachte gemeinsam mit Abgeordnetem Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend „Bessere Vergleichbarkeit von Haushalten – Weiterentwicklung der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV)“ ein.

Die Gruppe 9 wurde mit VP-Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Riedl und Waldhäusl (Vergleichbarkeit von Haushalten) wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag der FP wurde abgelehnt.

Der Dienstpostenplan wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Der Voranschlag für das Jahr 2013 wurde mit den Stimmen der VP verabschiedet.

Präsident Ing. Hans **P e n z** (VP) sagte u. a., dass das Budget mit diesem Beschluss die Grundlage für die weitere politische Arbeit im Land sei. Er ging auf das Budgetrecht sowie auf das Kontrollrecht des Landesparlamentes, das sich vom Fragerecht im Landtag bis zur Finanzkontrolle spanne. Zu letzterem verfüge der Landtag über zwei gleichartige Einrichtungen – den Rechnungshof des Bundes und den Landesrechnungshof, die als Organe des Landtages die Kontrolle vorzunehmen hätten. Die Überprüfung des Rechnungshofes habe sich auf die ziffernmäßige Richtigkeit der Gebarung, auf ihre

Übereinstimmung mit bestehenden Vorschriften sowie auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu erstrecken. Rechnungshöfe seien unverzichtbare Bestandteile der Kontrollfunktion des Landtags, aber keine Organe aktiver politischer Wunsch- und Willensbildung. Abschließend dankte Penz den Bürgerinnen und Bürgern, den Abgeordneten, den Mitgliedern der Landesregierung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Schluss der Budgetverhandlungen!